

Merseburger Correspondent.

Ersteinst:
Sonntag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag
und Samstag früh 7½ Uhr.
Geschäftsstelle: Deigraße Nr. 5.

Wöchentliche Beilage:
Illustrirtes Sonntagsblatt.

Abonnementspreis
für das Quartal: 1 Mark bei Abholung. —
1 Mark 20 Pfg. durch den Gerumträger. —
1 Mark 25 Pfg. durch die Post.

No. 115.

Dienstag den 13. Juni.

1893.

§ 3. Ebnz der Bauhandwerker und Bauarbeiter.

Ueber die Petitionen des Dr. Stolp-Charlottenburg und des Bundes für Vobendefigereform, betreffend Einführung eines Vobendefigereform, die aus Arbeiten und Vobendefigereform für Neubauten herrühren, hat die Justizcommission des Abgeordnetenhauses schon in der vorigen Session einen Bericht an das Abgeordnetenhaus gelangen lassen, in dem sie sich in Uebereinstimmung mit dem preussischen Justizminister für eine beschränkte Regelung der Frage im künftigen deutschen Civilgesetzbuch aussprach. Der Bericht ist nicht zur Verhandlung gelangt; auf Grund erneuter Petitionen, zu denen diejenige des Schlossermeisters Haase-Berlin hinzugekommen, ist die Frage noch einmal in dieser Session zur Erörterung gelangt. Dieses Mal aber lag bereits der Beschluß der Commission für die zweite Lesung des Entwurfs des bürgerlichen Gesetzbuchs vor, welcher den Vorschlägen des preussischen Justizministers entspricht. Unter diesen Umständen hat die Commission unter Ablehnung weitergehender, auf eine sofortige landesgesetzliche Regelung der Sache zielender Vorschläge mit 7 gegen 3 Stimmen beschlossen, mit Rücksicht auf die in Aussicht genommene reichsgesetzliche Regelung der fraglichen Materie über die Petitionen zur Tagesordnung überzugehen. — Nach der Mittheilung des Geheimen Ober-Justizraths Eichholz in der Commission würde, das Inkrafttreten des bürgerlichen Gesetzbuchs in der jetzt beschlossenen Fassung vorausgesetzt, die rechtliche Lage der Bauhandwerker in ganz Deutschland die folgende sein: „Wenn ein Bauhandwerker für geleistete Arbeiten oder Auslagen etwas zu fordern hat und von dem Bauherrn freiwillige Bezahlung oder Sicherstellung nicht zu erlangen vermag, so kann er, auch wenn die Forderung nach Inhalt des Werkvertrages noch nicht fällig ist, bei dem Prozeßrichter den Erlaß einer einstweiligen Verfügung beantragen, durch welche ihm gestattet wird, wegen seiner Forderung eine Vormerkung in das Grundbuch des dem Bauherrn gehörigen Baugrundstücks eintragen zu lassen. Er hat zu diesem Zweck nichts weiter zu thun, als den Betrag seiner Forderung glaubhaft zu machen, was durch Bezugnahme auf den Werkvertrag und durch Bescheinigungen über die bisherige Bauausführung leicht geschehen kann; dagegen braucht er nicht — und das ist der wesentliche Unterschied und Vorzug im Verhältnis zu dem Arrest — auch ferner glaubhaft zu machen, daß seine Forderung geschädigt ist. Sobald er die Ausfertigung der einstweiligen Verfügung in Händen hat, wendet er sich an den Grundbuchrichter mit dem Antrage, die Vormerkung für ihn einzutragen. Mit der Einreichung dieses Gesuchs an das Grundbuchamt hat er sich die betreffende Hypothekensstelle gesichert. Nachdem die Forderung registriert festgestellt oder sonst ein vollstreckbarer Titel für dieselbe erlangt ist, kann er die Vormerkung jederzeit in eine definitive Hypothek umschreiben lassen. Dieses Recht — so führte der Herr Regierungskommissar ferner aus — vorausgesetzt, daß es rechtzeitig und energisch gehandhabt werde, sei ein sehr werthvolles Mittel, um den Bauhandwerkern zu ihrer Befriedigung zu verhelfen. Natürlich könne auch dieses Recht die Bauhandwerker nicht gegen diejenigen Gefahren schützen, in welche sie durch einen unvorsichtigen oder spekulativen Geschäftsbetrieb namentlich alsdann gerathen, wenn sie sich ohne jede Sicherstellung mit Bauunternehmern einließen, deren Creditwürdigkeit ihnen wohlbekannt sei. Allein gegen solche Gefahren Ebnz zu gewährleisten, sei nicht Sache der Civilgesetzgebung, vielmehr müsse erwartet werden, daß die Bauhandwerker, ebenso wie es von allen anderen Handwerkern und von allen großartigen Menschen verlangt werde, bei ihrem Geschäftsbetrieb mit der erforderlichen Vorsicht zu Werke gingen.“

Politische Uebersicht.

Graf Kalnoy hat sich dieser Tage abermals über die politische Lage Europas im Budgetauschuß der österreichischen Delegationen geäußert, jedoch nur um einige äußerliche Modificationen seiner früheren Ausführungen, offenbar auf Anregung aus Berlin vorzunehmen. Er trat zunächst der Auslegung entgegen, daß im Dreihundert irgend eine Forderung eingetreten sei. Im Anschluß hieran suchte Graf Kalnoy sich gegen eine Verziehung seiner Darlegung zu den Discussionen über die deutsche Militärvorlage zu vermahnen, indem er nachträglich die gesteigerten Rüstungen Deutschlands als weitere Friedensgarantien bezeichnete. Das Hauptgewicht legte Graf Kalnoy darauf, die Ansicht zurückzuweisen, daß die Pflege freundschaftlicher Beziehungen zu Rußland irgend eine Entfremdung von dem österreichischen Bündnisverhältnis zu Deutschland und Italien bedeute, zumal Fürst Bismarck selbst stets ausgesprochen habe, daß möglichst freundschaftliche Beziehungen zu Rußland die beste Gewähr für die Erhaltung des Friedens seien. Er schloß diese Ausführungen mit den Worten: „Ich kann nur nochmals konstatieren, daß wir bezüglich unseres Bündnisses unverändert auf demselben Boden stehen, es mit derselben Aufrichtigkeit und Loyalität festhalten wie bisher, daß dieses Bündnis, ein rein defensives zur Erhaltung und Sicherung des Friedens bestimmt ist, daß also meine in dieser Richtung gemachten Aeußerungen unmöglich im Gegensatz zu den Auffassungen, welche man hierüber im Deutschen Reich hat, gestellt werden können, das endlich, was Rußland betrifft, freundschaftliche Beziehungen zu demselben nicht in Widerspruch zu unseren Bündnissen und zu jener Politik, die wir bisher mit aller Klarheit und Konsequenz verfolgt haben, stehen und auch keinerlei Schwächung bedeuten können.“ Auf die Interpellation eines Deputirten hinsichtlich des in deutschen Blättern erhobenen Vorwurfs, daß Oesterreich-Ungarn bezüglich der Ausbildung seiner Wehrkraft nicht im gleichen Maße wie Deutschland fortgeschritten und den Bundesverpflichtungen nicht genügend nachkommen würde, erklärte Kalnoy diese Behauptung für willkürlich und ungerichtet. Oesterreich-Ungarn führe mit großer Kraftanstrengung seinen Theil an der Machtentwicklung eifrig und voll durch. „In allen diesen bedauerlichen Interpretationen“, schloß Kalnoy, „sind wohl die im deutschen Wahlkampf eingekommenen Parteien und andere Standpunkte durchzufühlen. Bei den innigen Beziehungen der beiden Monarchien und dem vollsten Vertrauen in die gegenseitige Loyalität und Treue kann wohl von einem böser hinaufreichenden Mißverständnisse über alle diese wichtigen Fragen nicht die Rede sein.“ Nach diesen Ausführungen erklärte der Berichtserthaler Dumaba, die Mitglieder des Budgetauschusses hätten die Worte des Ministers in keiner Weise mißverstanden. — In Deutschland ist eine mißverständliche Auffassung der kalnoy'schen Ausführungen auch lediglich von den Anhängern der Militärvorlage zum Ausdruck gebracht worden. Alle unparteiischen Beurtheiler erklären dieselbe als eine unweibehaltene Friedensfundgebung, die allerdings der Regierung im gegenwärtigen Augenblick ungelogen kam.

Ueber eine neue Russifizierungsmaßregel in den russischen Kaiserprovinzen wird berichtet, daß nach einer Anordnung des Kurators des Rigaschen (altischen) Lehrbezirkes die Schüler innerhalb der Schulen, auch in den Zwischenschulen nur russisch sprechen sollen.

Der Auschuß der französischen liberalen Linken gab am Freitag dem Deputirten von Das de Calais, Jounart, ein Festmal, bei welchem Jounart sein Programm darlegte; er wolle weder eine Revision der Verfassung noch eine Trennung von Kirche und Staat, nehme die der Republik sich zuwendenden Monarchisten an, bekämpfe den Sozialismus, wünsche jedoch eine Arbeiterausgesetzgebung.

Der spanische Ministerpräsident Sagasta erklärte in der Kammer, die Regierung halte die vor-

geschlagenen Budget-Reformen aufrecht. — Ueber Unruhen in Spanien laufen fortgesetzt neue Meldungen ein. So sind in Valencia am Freitag anarchische Tumulte ausgebrochen. Es wurden mehrere Personen verhaftet. Ferner wurde in der Hafenstadt La Coruna in einem zahlreich besuchten Meeting Ibbot gegen die Aufhebung der Staatsherrschaft protestirt. Die Truppen sind konzentriert, die Geschäfte geschlossen, die Häuser mit schwarzen Stoffen behangen. In den Straßen werden Vorführen, betitelt „La Coruna unter englischem Protektorat“, festgehalten.

Das norwegische Storting nahm mit 69 gegen 42 Stimmen eine Vorlage an, durch welche weitere 80 000 Kronen für die Polarexpedition von Dr. Nansen bewilligt werden.

In Fortsetzung der dritten Berathung der Homerulevorlage lehnte das englische Unterhaus mit 298 gegen 268 Stimmen ein Amendement Whitley's zum § 3 ab, wonach die irische Legislatur sich nicht auf Fabriken, Werkstätten und Bergwerke einschließen sollte. Das Amendement wurde seitens der Regierung bekämpft. Gork glaubt, angeht das Unterhaus, daß der Gegenstand eine internationale Frage sei, wäre es unbedeutend, wenn derselbe von zwei separaten Legislaturen behandelt würde. Lubbock beantragte an Stelle des Wortes „legalen Geldes“ das Wort „Circulation“ zu setzen. Der Kanzler der Schatzkammer, Harcourt, bekämpfte das Amendement und erklärte, die Regierung werde erwägen, ob es nöthig sei, die Notenausgabe Irlands zu begrenzen. Hierauf zog Lubbock das Amendement zurück. Mac Gregor forderte, daß über Paragraph 3 abgestimmt werde. Der Antrag wurde jedoch abgelehnt. Nach einem weiteren Antrage Lubbock's, daß die Voten von der irischen Legislatur auszufließen seien, wurde die Berathung der Homerule-Vorlage auf Montag vertagt. — Die Antiparnelliten-Partei hielt am Freitag unter Vorsitz Justin McCarthy's eine längere Versprechung ab. Den Hauptgegenstand der Erörterung bildete die Haltung der Regierung in der Einzelberathung der Homerule-Vorlage. Das unabhängige Eingreifen Gladstone's und anderer Minister in die Erörterung wurde scharf gerügt, weil dies frivol den Anträgen eine unerbittliche Wichtigkeit beilege. Die von der Regierung den Unionisten gemachten Zugeständnisse stießen ebenfalls auf heftigen Tadel, wobei betont wurde, daß, da die Homerulevorlage das Ergebnis eines unmittelbaren Abkommens zwischen der Regierung und den Führern der Antiparnelliten-Partei sei, Abänderungen des Wortlauts ohne vorherige Berathung unerbittlich Reibungen erzeugen müßten. — Das englische Oberhaus genehmigte am Freitag die zweite Lesung der Bill, betreffend die Ausführung des Abkommens mit Rußland über den Kobbenfang. Lord Salisbury sprach sich für die Vorlage aus.

Ueber einen politischen Mord in Serbien, der an dem zur Fortschrittspartei gehörigen Bauer Paul Miljanitsch in Markowiza verübt wurde, theilt der „Bibelo“ haarsträubende Einzelheiten mit: Eine Anzahl zur radikalen Partei gehöriger Bauern habe Miljanitsch an einem Baum aufgehängt, seine unteren Körpertheile mit Petroleum begossen und dasselbe angezündet. Während Miljanitsch unter den grauenhaften Schmerzen langsam verbrannte, hätten die fanatischen um ihn herum wilde Tänze aufgeführt.

Aus Dahomey wird abermals ein Kampf mit Anhängern des Königs Behanzin gemeldet, der einen für die Franzosen wenig günstigen Verlauf nahm. Bei Toffo, südlich von Abomey, wurden 50 Mann unter Führung des Kapitäns Mangin von Anhängern Behanzin's überfallen. Nach langem Kampfe behauptete die Franzosen ihre Stellung; Kapitän Mangin wurde getödtet, ein anderer Kapitan verwundet. In der letzten Zeit fanden mehrfache Scharwägel statt.

Berlin, 12. Juni. Der Kaiser arbeitete am Sonnabend früh mit dem Abteilungschef im Militärkabinett, Oberst v. Lippe, welcher den beurlaubten Chef des Militärkabinetts, General v. Habnke, vertritt, und begab sich dann nach dem Vorsteher Felbe, um im Beisein des Grafen v. Turin und vieler fremdherlicher Offiziere das Regiment der Garde du Corps und das Leib-Garde-Husaren-Regiment zu besichtigen. Nach Schluß der Übung entsprachen der Kaiser und der Graf v. Turin einer Einladung des Officiercorps des Leib-Garde-Husaren-Regiments zur Frühstückstafel. — Die Kronprinzessin Stefanie von Oesterreich-Ungarn ist am Freitag Abend über Marienburg nach Stochholm abgereist.

— (In einem Rundschreiben an die Landesbeamten.) d. 28. April 1893, giebt der Oberpräsident der Provinz Preußen folgendes bekannt: „Kirchliche Feiern sind darüber klage geführt, daß die Vornahme von Gesellschaften an Sonnabenden vielfach zu Unträglichkeiten führe und insbesondere auf das ländliche Leben schädigend einwirke. Die Geistlichen müßten sich durch die Vornahme von Trauungen am Sonnabend von ihren Vorbereitungen auf die sonntägliche Amtshandlungen in unerwünschter Weise ablenken lassen. Vor allem aber würde durch die mit den Hochzeiten verbundenen Feiern und Aufzügen, welche sich oft bis in den Sonntagmorgen fortsetzen, die Sonntagsheiligung gefährdet und den Heiligsten der Besuch des Gottesdienstes unmöglich gemacht. — Diese Klagen sind zweifellos begründet. Die erwähnten Mißstände werden sich aber, ohne besondere Schwierigkeiten, wenn nicht völlig beseitigen, so doch wesentlich vermindern lassen, falls die Landesbeamten im Verein mit den Geistlichen dahin wirken, daß die Gesellschaften thunlichst auf andere Tage als gerade auf die Sonnabende verlegt werden. In den ländlichen Bezirken und den kleineren Städten wird es dem persönlichen Einflusse der Landesbeamten füglich in den meisten Fällen gelingen, auf die Heiligsten bei der Festsetzung des Tages der Gesellschaft in dieser Weise einzuwirken.“

— Das Civilstandsgesetz gestatte in keiner Weise, die Gesellschaften an bestimmten Tagen auszuschießen; es bleibt deshalb abzuwarten, ob dieser Erlaß zu Recht bestehen bleibt.

— (Kein Branntweinmonopol.) In einem Theile der Presse war berichtet, daß ein von einem Kreise süddeutscher Brennereibesitzer vorgelegter Gesuchentwurf, betreffend Einführung des Branntweinmonopols, die Billigung des Reichstages gefunden habe. Auf eine Anfrage hat der Reichskanzler, wie die Schwednitzer „Amtschau“ meldet, den Chefredacteur Pöppel mitgetheilt, daß diese Angabe vollständig erfunden sei.

— (Abänderung des Wahlrechts?) „Aus absolut sicherer Quelle“ — die uns indes wenig glaubwürdig erscheint — will der „Vorwärts“ erfahren haben, daß das Berliner Polizeipräsidium, ob „amtlich“ oder nur „unter der Hand“, könne er nicht sagen, aufgefordert worden sei, über die Wirkung sich zu äußern, die eine Abänderung oder Färbung des allgemeinen Wahlrechts haben würde.

— (Ein praktischer Wink.) „Wer die öffentliche Meinung mit dem gehörigen Geschick und der erforderlichen Ausdauer bearbeitet (sic!), kann wenigstens vorübergehend seines Erfolges in der Regel sicher sein.“ Also Geh. Des-Fürstlich-Gleichholz in der Zukunftscommission des Abgeordnetenkaufes bei Erörterung der Petitionen, welche den Schutz der Bauhandwerker für ihre Forderungen aus Arbeiten oder Lieferungen zu Neubauten verlangen.

— (An Sachgelehrten bräutchen) sind Domänenpächtern nach dem Bericht der Rechnungscommission im Jahre 1891/92 erlassen worden: 11 000 Mk. der früheren Pächterin der Domäne Guelden im Kreise Wehla u., Regierungsbezirk Königsberg, 8000 Mk. dem früheren Pächter der Domäne Gallberg im Kreise Dobornitz, Regierungsbezirk Polen, 7500 Mk. dem früheren Pächter der Domäne Dösch im Kreise Wologrowitz, Regierungsbezirk Bromberg, 4600 Mk. dem früheren Pächter der Domäne Blankenau im Kreise Fulda, Regierungsbezirk Kassel.

— (Hamburger Zustände.) In der Bürgerschaft hat das freisinnige Mitglied Dr. Dränert sein Entlassungsgesuch eingereicht. Der Sitzungsschule, deren Director Dr. Dränert ist, war wegen der oppositionell freisinnig politischen Thätigkeit die Berechtigung zum Freiwilrigen-Examen entzogen worden.

— (Unschuldig verurtheilt.) In Bremen kam dieser Tage wieder einmal der Fall bei dem Landgerichte vor, daß ein unschuldig Verurtheilter nachträglich freigesprochen wurde. Eine Wärflerin, Frau Kühl von dort, hatte sich, wie die „Weser-Zg.“ berichtet, am 12. Juni 1890 vor der Strafkammer zu Bremen wegen verleumdender Beleidigung eines Schugmanns Röhner zu verantworten und wurde

auf Grund der beidseitigen Aussage dieses Schugmanns zu 5 Monaten Gefängnis verurtheilt. Sie hat die Strafe verbüßt. Nachträglich kamen verschiedene Umstände zu Tage, welche die Aussage des Röhner zweifelhaft erscheinen ließen, er wurde an das Schwurgericht verwiesen, das ihn am 6. Juni 1891 wegen wissenschaftlichen Meineides zu einem Jahre Zuchthaus verurtheilte. Nach dieser Verurtheilung hat der Staatsanwalt selbst die Wiederaufnahme des Verfahrens gegen die Kühl beantragt, dem das Gericht nachgegeben hat. Am Freitag wurde zum zweiten Male verhandelt, und zwar bei verschlossenen Thüren. Das erste Urtheil wurde völlig aufgehoben und die Kühl kostenlos freigesprochen.

— (Zur Nachahmung empfohlen.) Die Anwendung der Simulaturen „Hochwohlgeboren“, „Wohlgeboren“ und „Dr. phil.“ haben sich die Magdeburger Stadtschulräthe Dr. Wollertorf und Platen füglich in einem Rundschreiben an die Schulleiter und Lehrer verbreitet.

— (Eine Salbatenmishandlung) bei dem Garde du Corps-Regiment in Potsdam kam am Freitag vor der Potsdamer Strafkammer zur gerichtlichen Abhandlung. Die Mishandlung war 1891 von zwei Gefreiten an einen Gemeinen wegen einer Nachlässigkeit desselben verübt worden und zwar von dem einen in seiner Eigenschaft als Stubenälteste. Beide Gefreite sind inzwischen bereits aus ihrem Militärverhältnis geschieden. Der als militärischer Sachverständiger geladene Brigadecommandeur Frh. v. Biffing suchte zu bestreiten, daß es sich um Mishandlungen seitens eines Vorgesetzten handelte, da der selbstretende Stubenälteste nicht als Vorgesetzter zu betrachten sei, mußte aber zugeben, daß jemand, der sich deren Anordnungen nicht füge, wegen Insubordination bestraft würde. Die Strafkammer schloß sich jedoch dieser Auffassung an und erkannte bei dem einen Angeklagten wegen der nur geringen Mishandlung auf Zuchthaus, bei dem andern dagegen, dem früheren Gefreiten Strauß, wegen der besondern Rohheit der Mishandlung auf 6 Monate Gefängnis.

Zu den Reichstagswahlen.

* Lauchstädt, 11. Juni. Der Liberale Wahlverein für Werseburg und Umgegend hielt gestern Abend im Gasthof „zum Stern“ hier selbst eine Wahlversammlung ab, welche von Herrn Kublan Lauchstädt geleitet wurde. Das Interesse am Wahlkampfe ist auch hier ein sehr reges; es bewies dies die Theilnahme von 3 bis 400 Wählern, worunter sich auch sehr viele aus umliegenden Dörfern befanden. Nach einigen Begrüßungsworten des Vorsitzenden ertheilte derselbe dem Referenten, Herrn Hector Wacke, Berlin, das Wort. Redner führte nach längerer Auseinandersetzung an, weshalb die freisinnige Partei die Forderung der Militärvorlage in der Höhe des Huene'schen Antrags abgelehnt und bewies, daß ohne Schädigung der Finanzlage solche Kosten nicht erschwänglich seien. Die Freisinnigen wollen ja bewilligen, was ohne Schädigung des Volkswohlfandes möglich ist: Mehreinstellung von jährlich 25 000 Rekruten, weitere fünfmonatliche Ausbildung der Gefasprezisten; sie fordern aber die gefegliche Festlegung der zwölfjährigen Dienstzeit für die Infanterie. Die großen Mittel, welche seit 1871 schon vom Reichstage zur Wechthafterhaltung bewilligt wurden, erreichen jetzt schon die Höhe von rund 12 Milliarden. Reichssteuern sowohl wie die Steuern der Einzelstaaten seien stetig gewachsen, aber auch die Reichsschulden. Niemand dürfe den Freisinnigen Mangel an Patriotismus und nationalem Bewußtsein vorwerfen, wenn sie neben der Regierung die Rechte des Volkes gewahrt wissen wollten. Nachdem Redner noch über die schwebenden neuen Steuerpläne gesprochen, wies er darauf hin, daß der Wahltag (15. Juni) der Todestag Kaiser Friedrichs sei. Möge das deutsche Volk wählen, daß dieser Tag ein Ehrentag des deutschen Volkes werde: „Dem Vaterland zur Wehr und Ehr, dem Volke seine Steuern mehr.“ In der hierauf folgenden Discussion ergriff der Candidat der Sozialisten, Herr Mittag-Giechenslein, zweimal das Wort und sprach im Sinne seiner Partei über verschiedene Punkte. Der Referent widerlegte jedoch die Ansichten dieses Redners in schlagfertiger Weise. Mit einer an die Versammlung gerichteten Ermahnung zu recht thätiger Wahlbetheiligung und einem dreifachen Hoch auf Se. Maj. den Kaiser schloß der Vorsitzende halb nach 11 Uhr die Versammlung.

* Herr Premierlieutenant d. R. Duell-Gustav vom „Bund der Landwirthe“ erklärt in einer Zuschrift an das „Berl. Tageblatt“, weder habe er eingestanden, noch habe er es versucht, in Hendorf oder sonst einen Wirth zur Verweigerung des Lokals zur Abhaltung einer freisinnigen Versammlung zu bestimmen. In dieser Erklärung ist das Gewicht darauf zu legen, daß Herr Duell bei keinem Wirth sein Glück versucht hat; sondern bei einer — Wirthin. Der Stogauer „Niederhiesl. Anz.“ berichtet in der Nummer vom 3. Juni über eine freisinnige Versamm-

lung, die am 31. Mai in Hendorf behufs Förderung der Wiederwahl des Herrn Maager-Denkholz stattgefunden. „Die Versammlung wurde, heißt es in dem Bericht, vom Herrn Fabrikbesitzer Hoffmeister mit der Mittelstellung eröffnet, „daß am Vormittag ein benachbarter Gutbesitzer versucht habe, die Besizerin des Lokals zur Verweigerung desselben zu veranlassen, trotzdem dieselben durch ihr gegebenes Wort gegenüber der freisinnigen Parteilassung gebunden war. Die Anwesenden hätten es daher nur der Charakterfestigkeit der Wälflerin zu danken, daß die Versammlung stetig tagen könne. (Auf des Herrn Lieutenants Duell-Gustav: Das ist nicht wahr.) Nach dem Vortrage des Herrn Maager kam der Vorsitzende auf diesen Zwischenfall zurück und erklärte, daß er sich erst nach ganz ungewisser Feststellung der Thatsache der versuchten Saalabtreibung entschlossen habe, die Versammlung Mittelstellung davon zu machen, künzezeitlich einen derartigen Einwurf als unqualifizierbar und nicht denselben mit Beachtung zurück. Herr Lieutenant Duell bekannte sich hierauf als derjenige, welcher am Vormittag mit Frau Baum wegen Ablehnung des Saales verhandelt habe, um, wie er sagte, nicht andere Gutbesitzer der Umgegend in den Verdacht bringen zu lassen und suchte seine Einwürfe auf die Wälflerin des Saales in ein unschuldig Licht zu stellen.“ Zur Charakteristik des Herrn Duell entnehmen wir dem Bericht noch, daß er Herrn Maager beschuldigte, gesagt zu haben, es sei eine Uge, daß die Landwirthschaft nicht bleibe, worauf der Vorsitzende erklärte, Herrn Duell überhaupt nicht mehr das Wort zu ertheilen, nach dem er bereits zweimal in geradezu unparlamentarischer Weise Mitglieder der Versammlung angegriffen habe.

* Bebel hat in einer Wählrede für den Genossen Bruns in Bremen wieder einmal den großen Kladderadatsch angeblüht. „Mir, sagte er, bestimmen aus materiellen Gründen die Köpfe derer in Betracht kommenden Vöter, Krieg zu führen. Frankreichs Wehrkraft ist erschöpft; zum Kriege hat das große Volk dort überhaupt keine Lust; seine ökonomische Lage ist dazu in ständigem Rückgang begriffen. Rußland hat viele seiner Soldaten nur auf dem Papier. Wer würde ihm überhaupt wohl Geld zum Kriegsführen leihen? Italien sticht tief in Schulden, Oesterreichs Lage ist kaum berechenbarer. Und ist es in Teufelsdröckchen? Ja, sage, wann heute ein Krieg ausbricht, könnte gleichzeitig die Noth der Staaten ihren Bankrott anfangen. Wenn nun aber der Krieg ausbricht, kann werden die Zuführen, ohne die wir nicht leben können, uns sofort abgeschnitten. Das halten wir keine drei Wochen aus. Wenn aber erst das Nothen losgeht, dann bekommen wir für immer genug davon, dann sagt Jeder: das System muß fallen. So geht die Gesellschaft wie auf ökonomischem auch auf militärischem Gebiete an ihrer großen Verrothung zu Grunde.“ — Zur Dickerentierung des Reichstages vertieg sich Herr Bebel zu der phänomenalen Behauptung: „Der Reichstag hat nie daran gedacht, das allgemeine Stimmrecht von selbst einzuführen.“ Allerdings hat der Reichstag daran eben so wenig gedacht, wie Herr Bebel etwa an seinen Zukunftsstaat vor seiner Geburt gedacht hat. Aber an die Einführung des allgemeinen Stimmrechts hat bereits die Nationalversammlung in Frankfurt a/M. im Jahre 1848 gedacht.

* Die Probe auf den unpolitischen Charakter des „Bundes der Landwirthe“ ist dieser Tage in ergötzlicher Weise in dem früheren Wahlkreise des Frh. v. Huene, Breßlau-Neumarkt gemacht worden. In einer von dem „Bund der Landwirthe“ einberufenen Wählerversammlung sollte ohne Weiteres Graf Limburg-Sittum als Candidat des Bundes p oclamirt werden. Dagegen protestirten aber die anwesenden Wähler des Centrums. Der Pfarrer von Schellwitz erklärte geradezu, sie würden ihre Stimmen für Frh. v. Huene abgeben, da dieser sich in einem an das Centrumswahlcomite gerichteten Circular bereit erklärt habe, eine auf ihn fallende Wahl anzunehmen. Es hörten Sie, fragte Kammerherr v. Stöffer-Nachschü einen der Leute vom Centrum, zum Bund der Landwirthe? Jawohl, antwortete dieser, aber wenn sie es so machen, trete ich wieder aus. Denn uns Mitgliedern ist f. z. ausdrücklich erklärt worden, daß wir bei der Wahl nach unserer freien Entscheidung wählen könnten. — Die Versammlung blieb ohne Ergebnis. Der Versuch des „Bundes der Landwirthe“, sich durch einen Handreich in den Besitz des Mandats zu setzen, ist um so dreifach, als es sich hier um ten alten Wahlkreise des freisinnigen Herzogs von Ratibor handelt, der 1890 nur deshalb an das Centrum überging weil die freisinnigen Wähler in der Stichwahl der damaligen Parole: „Gegen das Kartell“ folgten, für Frh. v. Huene stimmten.

* Aus einem Bericht des „Zaureicher Stabtbl.“ ergibt sich, daß in Hohenfriedberg konservative Wähler auf se öffentlich angekündigt sind, trotzdem die Staatsanwaltschaft auf das Strafab diese Handlungen vor der Wahl hingewiesen hat.

Wähler in Stadt und Land!

Der Candidat der Liberalen im Wahlkreise Merseburg-Querfurt für die Reichstagswahl am 15. Juni d. J. ist

Herr Gutsbesitzer

Carl Ritter in Barnstädt b. Querfurt.

Derselbe ist ein ehrlicher, freisinniger Mann, der, mitten im Volkleben stehend, die politischen und wirtschaftlichen Strömungen unserer Zeit mit offenem Auge und warmem Herzen verfolgt.

Der Militärvorlage, die unsere konservativen Gegner mit seinem Verständnis für eine wirksame Agitation zur Wahlparole gemacht haben, um mit ihr im Trüben zu fischen, wird Herr Ritter zustimmen, so weit sie sich bei möglicher Anwendung der Wehrkraft unseres Volkes zur Sicherung des deutschen Reichs mit der bereits hochgeschraubten Steuerlast unserer Staatsbürger vereinbaren läßt.

Herr Ritter wird im Uebrigen bei seinen Bestimmungen das allgemeine Interesse des gesammten Volkes sich zur Richtschnur nehmen. Er wird die von Sozialdemokraten, Antisemiten und allen eigennütigen Sonderbüßlern bekämpften Ideale, die das deutsche Reich geschaffen, hochhalten, denn nur die Ideale einigen, alles Materielle trennt die Stände unseres Volks.

Herr Ritter tritt deshalb auch nicht mit großen Versprechungen auf Staatshilfe und Unterstützung von Sonderinteressen vor seine Wähler, denn er sagt sich: was der Staat dem Einzelnen giebt, muß er dem Andern nehmen!

Er wird gegen jede einseitige Schutzpolitik, welche auf die Vertheuerung der nothwendigsten Lebensmittel und den Ruin unserer Industrie, die des Abfuges im Auslande bedarf, hinausküßt, gegen die geplante Beschränkung der Freizügigkeit, die den Arbeiter verhindern will, seine Kraft da zu verwenden, wo man sie am besten braucht, gegen jede Verkümmern des allgemeinen, gleichen, directen und geheimen Wahlrechts, das vielen hochkonservativen Herren ein Dorn im Auge ist, gegen alle weiteren Belastungen des von seiner Arbeit lebenden Volkes mit noch höheren Steuern und gegen ein fortgesetztes Ueberbürden der Staatsbürger mit neuen Gesetzen mannhast eintreten!

Liberales und freisinnige Männer! Laßt Euch nicht durch das Geschrei der Revillen über die Militärvorlage behörden. Der Reichstag wird auf 5 Jahre gewählt und eine reactionäre Mehrheit vermag in dieser Zeit die mühsam erkämpften freiheitlichen Errungenschaften anstrebt, der tritt am Wahltage als reichthümer Bürger ein für unsern Candidaten

Herrn Gutsbesitzer Carl Ritter in Barnstädt bei Querfurt.

Bleibe kein liberaler Wähler zurück! Erscheint Mann für Mann an der Wahlurne, dann wird der Sieg unser sein!

Der Wahlverein der Liberalen für Merseburg und Querfurt.

Stimmzettel sind unentgeltlich in der Expedition des Merseburger Correspondenten zu haben.

Eine neue Badeeinrichtung
mit Baden in neuesten System steht zum Einkaufspreis zu verkaufen beim
Klempnermeister Lützendorf,
Markt 16.

Sommer-Theater im Divoli.
Direction: Oscar Drescher.
Dienstag den 13. Juni 1893.
Wieschens Wänschen entsprechend.
Herr u. Frau Hippokrates.
Aufspiel in 4 Akten von Heimmann.
Großer Lachserfolg.
Repetitorisch aller Bühnen.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.
Bei ungünstiger Witterung
im Saale.

Funkenburg.
Dienstag den 13. Juni 1893.
abends 8 Uhr.
III. Abonnements-Concert,
gegeben vom Trompetercorps des Thüring.
Infanterie-Regiments Nr. 12 unter persönlicher
Leitung seines Stadtkomponisten W. Scherer
Willeis in Vorverkauf a 30 Pf. in
den Gaarenhandlungen von G. Meyer, Haupt-
hofstraße, Gebr. Schulze jun., II. Ritter-
straße, F. A. Watto, Hofmarkt u. H. Wiese
(G. Geier), Burakstraße.

Kaiser Wilhelms-Halle.
Dienstag den 13. u. Mittwoch den 14. d. M.
2 große
Tyroler National-Concerte
von der Oberbayerischen Sängergesellschaft
"Bavaria".
Entrée 50 Pf.
Im Vorverkauf 40 Pf. bei Herrn
Benedek und Herrn Meyer.
Militär und Schüler die Hälfte.
Bei günstiger Witterung im Garten.
Director Scheumann.

Vogel-Schützen-Gesellschaft.
Dienstag, Mittwoch und Donnerstag,
von 3 Uhr an.
Probeschüssen.
Gasthof „Drei Kronen“.
Mittwoch großes Schlachtfest, früh
Wellfleisch, abends feische Wurst und
Zwiebelleberwurst, sowie ff. Bratwurst.
Dazu 1 Glas ff. Keller'sches.
Achtungsvoll
Albert Lippold.

Von Mittwoch den 14. d. M. ab
steht wieder ein Transport
**hochtragende und neu-
milchende Kühe**
mit den Kälbern,
sowie **sprungfähige Zuchtbulle**
bei mir zum Verkauf.

Otto Heilmann.
Nur wirklich gute Nähmaschinen
kauft man, wie tausendfach anerkannt, am besten und
billigsten und unter gewissenhafter sachmännlicher Garantie
in dem
Nähmaschinen-Special-Geschäft
von **H. Baar, Markt Nr. 3.**
Reparaturen an allen Nähmaschinen werden von
mir selbst in eigener Werkstatt wie bekannt **billig** und
gut ausgeführt.
Die vielfach billig angebotenen Berliner Nähmaschinen habe von jetzt ab zum
Veralecht am Lager und gebe solche für 55 Mark ab.

Die Restbestände
des **Waarenlagers von J. Schönlicht**
müssen bis 1. Juli geräumt sein.
Das Lager besteht aus **Mänteln, Seidenstoffen, Plüsch,**
Sammeten, Kleiderstoffen, Herrenstoffen, Damenmäntel-
stoffen und wird zu jedem **annehmbaren Preise** verkauft.
Merseburg, im Juni 1893.

Geschäfts-Eröffnung.
Einem hiesigen und auswärtigen Publikum zur gefl. Anzeige,
daß ich **Oberbreitestraße 6** eine
Eisen-, Stahlkurzwaaren- u. Werkzeughandlung
eröffnet habe.
Es wird mein eifrigstes Bestreben sein, die mich Beehrenden
auf das Beste zu bedienen und bitte mein Unternehmen gütigst
unterstützen zu wollen.
Merseburg, im Juni 1893.

F. Graf.

Arends'scher
Stenographen-Verein.
Mittwoch den 14. Juni 1893,
abends 8 1/2 Uhr.
Versammlung.
Der Vorstand.

Junge Mädchen, welche das Schneidern
gründlich lernen wollen,
werden noch angenommen.
Brühl 13, 1 Treppen.

Eine Aufwartung
wird sofort gesucht
Oberbreitestraße 21.
Eine ordentliche fleißige ehrliche Frau wird
per sofort als Aufwartung gesucht.
Zu erfragen in der Expedition d. Blattes

Ein ordentliches Dienstmädchen von 16-17
Jahren, welches mit Kindern umzugehen weiß,
wird bis zum 15. Juli gesucht. Zu melden
Unteraltenburg 59 im Laden.

Ein Gut verkauft am Sonntag im
Restaurant Wiesenau. Umtausch dortselbst
erbeten.

Höchste und niedrigste Marktpreise
vom 4. bis mit 10. Juni 1893.

Weizen, pr. 100 Kl.	16,60 bis 15,-	M
Roggen, do.	15,- bis 14,40	"
Gerste, do.	13,20 bis 15,-	"
Hafer, do.	17,60 bis 15,-	"
Erbsen, do.	20,- bis 18,-	"
Linien, do.	44,- bis 18,-	"
Bohnen, do.	19,- bis 16,-	"
Kartoffeln, do.	6,- bis 5,-	"
Rindfleisch (von der Keule), pro Kilo	1,40 bis 1,30	"
Lammfleisch, pro Kilo	1,30 bis 1,20	"
Schweinefleisch, do.	1,40 bis 1,30	"
Schäpffenschmalz, do.	1,30 bis 1,20	"
Kalbweiß, do.	1,30 bis 1,20	"
Butter, do.	2,40 bis 2,20	"
Eier, pro Schock	3,20 bis 3,-	"
Hen, pro 100 Kilo	9,- bis 8,50	"
Stroh, do.	5,- bis 4,-	"

Marktpreis der Getreide
in der Woche
vom 4. bis mit 10. Juni 1893
pro Etid 12,- bis 19,50 M.

Unserer heutigen Gesamt-
ausgabe ist eine sehr interessante Ab-
handlung, die Haut des Menschen,
ihre Aufgabe im Organismus,
ihre Erkrankungen (Verletzungen,
Gellung und Nlece,
beigegeben, die wir der Aufmerksamkeit
unserer Leser ganz besonders empfehlen.

Hierzu eine Beilage.



Zu den Reichstagswahlen.

* Ein wiederwählender Reichstagskandidat ist der Gärtner Ernst Dahm in Ebersfeld, für den im Wahlaufruf „die Arbeiter“, Handwerker und Bürgervereinsung, die nationalliberalen Vereine und die freikonservativen Vereine in Ebersfeld-Barmen eintraten. Herr Dahm also hat, nach dem Bericht der „Barmer Ztg.“, in einer konservativen Wählerversammlung am 8. d. die hochinteressante Erklärung abgegeben: Er werde jeden Mann und jeden Großen bewilligen. Ob Regierungsvorlage oder Antrag Huene, das sei ihm ganz gleich. Alles müsse man dem Vaterlande zum Opfer bringen, auch die eigene politische Meinung. Auf politische Fragen wolle er hier nicht weiter eingehen, denn da fürchte er, vielmehr „vorbeihauen zu können“. — Wer wird Herr Dahm, falls er gewählt werden sollte, im Reichstage vor dem „Vorbehauen“ benützen?

* **Wahl-Kuriosum.** In einem kleinen Dorfe Niederschlesens machte kürzlich eine amtliche Bekanntmachung die Runde, die mit folgenden Worten beginnt: „Behufs Auflösung des Reichstages sind die Wahlen neuer Reichstags-Abgeordneten auf den 15. Juni festgesetzt.“

* Ein Landrath als Rufbeförderung in einer Versammlung. Nach dem „Scheidewähler Tagebl.“ hat in einer liberalen Versammlung in Fleten, als der Kandidat Rechtsanwalt Böppel sein Programm darlegte, der Landrath v. Bobbin die Versammlung durch Zwischenrufe gestört. Herr Dr. Böppel erwiderte dem Herrn, sich zum Worte zu melden. Man dürste doch von einem Vertreter des Kreises erwarten, daß er den Kreisinsassen mit gutem Beispiel vorangehe, wie man den politischen Zustand auch in einer Versammlung der gegenüberstehenden Partei wahrnehmen müsse. Da der Herr Landrath von Bobbin auch weiterhin die Versammlung zu stören versuchte, so machte der Vorsitzende von seinem Hausrecht Gebrauch und wies den Herrn Landrath v. Bobbin aus dem Saal. Die Aufforderung mußte mehrmals wiederholt werden, bevor der Herr Landrath den Saal verließ. Mit dem Herrn Landrath verließen auch der Kreisinspektor Herr Krüger und Genossen vom Bunde der Landwirthe, ein kleines Häuflein von etwa 10 Personen, den Saal. Nach seiner Entfernung erschien der Landrath nochmals im Saal, um an den die Versammlung überwachenden Bürgermeister das Verlangen zu stellen, er solle dieselbe auflösen. Draußen im Garten befanden sich Menschen, die zuhörten. Es sei darnach eine Versammlung unter freiem Himmel, zu der die Genehmigung nicht erteilt sei. Der Bürgermeister erwiderte dem Landrath, daß es seine Sache sei, zu entscheiden, ob die Versammlung aufzulösen sei. Der Landrath war nebenbei der einzige Wähler, der während seiner ganzen Anwesenheit im Saale den Hut auf dem Kopf behielt.

* Im 2. Oldenburgischen Wahlkreise, in dem Herr Dr. Siemens als Kandidat der freisinnigen Vereinigung dieser Gegend spricht, ist eine besondere nationalliberale Candidatur — genannt von Gmünn — bisher nicht aufgestellt. In Oldenburg 1 ist die Candidatur Richter gegen Heinz Offizier nur in Birtensfeld aufgestellt.

* Während in Schleswig von freisinniger Seite gegen den Hofbesitzer Thomsen (freis. Vereinigung) Herr K. Richter als Zählkandidat aufgestellt wird, hat Herr Richter, nach einer Bremer Meldung des „Berl. Tagebl.“, seine vorigen Freunde aufgefordert, für den Kandidaten der freis. Vereinigung, Kaufmann Fresse, zu stimmen.

* In 210 Reichswahlkreisen sind nunmehr Kandidaten aufgestellt worden, welche entweder zur freisinnigen Volkspartei gehören oder zur süddeutschen Volkspartei oder sich den Anschluß an die freisinnige Volkspartei oder die freisinnige Vereinigung noch vorbehalten haben. Unter den 210 Reichswahlkreisen sind 49 süddeutsche, 115 preussische und 46 aus anderen norddeutschen oder mitteldeutschen Staaten. Kandidaten der süddeutschen Volkspartei sind in 30 Reichswahlkreisen aufgestellt, darunter in 17 mit guten oder mittleren Aussichten. Kandidaten der freisinnigen Volkspartei oder Kandidaten, welche sich den Anschluß an die freisinnige Volkspartei oder an die freisinnige Vereinigung vorbehalten haben, sind aufgestellt in 180 Reichswahlkreisen, darunter in 99 Reichswahlkreisen mit guten oder mittleren Aussichten.

* Aus dem Wahlkreise Arnswalde-Friedeberg wird der „Pos. Ztg.“ gemeldet, daß die Konservativen bei der wahrscheinlichen Stichwahl zwischen Ahlwardt und dem Kandidaten der freisinnigen Vereinigung Ernst wohl wieder für Ahlwardt stimmen werden. Der konservativereis aufgestellte Landrath v. Bornstedt steht mit dem Widerspruch gegen diese Absicht so gut wie allein da. Für den konservativen Kandidaten erwartet man ungefähr 2—3000 Stimmen. Bezeichnend für den

vollständigen Bildungsstand der Ahlwardt'schen Wähler ist die weitere Mitteilung, daß viele Bauern allen Ernstes glauben, daß im Falle der abermaligen Ablehnung der Militärvorlage Caprivi fürze und Ahlwardt sein Nachfolger werde.

* Der deutsche Antisemitenbund in Berlin erläßt jetzt eine offene Absage an die Konservativen, weil diese den mit dem antisemitischen Agitationsverband für Norddeutschland geschlossenen Pakt gebrochen und in verschiedenen Kreisen Brandenburgs (z. B. Potsdam-Dahlemburg und Landsberg-Solbin) eigene Candidaten aufgestellt haben. Der „Bund“ fordert daher alle Antisemiten Norddeutschlands auf, bei der bevorstehenden Reichstagswahl in all den Wahlkreisen, wo antisemitische Candidaten nicht aufgestellt sind, ihre Stimme für Dr. Vachler abzugeben.

* Als öffentliche Collecte hat ein jüngerer Staatsanwalt in Breslau Geldaufsätze zu den Wahlen auszugeben gewußt. Gegen die Redaction der „Bresl. Morgenztg.“ ist eine Geldstrafe von 10 Mk. festgesetzt worden, weil sie die liberale Bürgererschaft ermahnt hatte, die Wahlarbeit durch Geldmittel zu unterstützen, und dieselben möglichst reichlich an das Wahlbureau abzuführen. „Darin soll ein Verstoß gegen § 1 einer Polizeiverordnung vom 19. Juni 1867 liegen, weil eine öffentliche Collecte ohne Genehmigung des Oberpräsidenten der Provinz Schlesien veranstaltet sei.“

* Eine prächtige Forderung stellt das „Merseburger Morgenbl.“ auf: Es verlangt, daß in dem katholischen Katholizismus ein Kapitel aufgenommen werde, welches die Wahl ultramontaner Abgeordneter zur Gewissenspflicht macht und das Wahlen anderer Candidaten und das Nichtgehen zu einer „fremden Sünde“, bezw. einer „Todsünde“ stempelt.

* Eine neuen Grund, weshalb die Militärvorlage angenommen werden muß, hat der Landrath der Dehnungspartei in Chemnitz, Oberbürgermeister Dr. Andre, entdekt. Der Oberbürgermeister, für dessen Wahl alle Militärvereine, Kriegervereine, Gesangsvereine eintraten, hielt, im evangelischen Arbeiterverein eine Candidatenrede, worin er zur Deckung der Kosten der Vorlage eine alleinige Bekleiderung der Börse empfahl. Eine nähere Darlegung, wie er sich eine solche Steuer denke, verweigerte er mit den Worten: „Sie, m. H., würden das doch nicht verstehen.“ Dann schloß er seine Rede wie folgt: „Die Militärvorlage muß angenommen werden, weil Gott es will.“

* Ueber die Haltung der Welfen zur Militärvorlage erklärte der welfische Agitator Brinkmann nach einem Bericht der „Sannoverschen Prov.-Ztg.“ in Oesfemünde mit Rücksicht auf die angeblich militärfeindliche Haltung des Herzogs von Cumberland: „Wenn der Herzog von Cumberland nicht im Sinne der „Deutschsannoverschen Partei“ handeln wird, so werden wir einfach unsere eigenen Wege zu gehen haben; das Heind ist und näher, wie der Hock. Wir haben die Interessen des Volkes wahrzunehmen und nicht das Wohl und Wehe des Herzogs von Cumberland!“

* Elbing, 11. Juni. In einer Wahlversammlung in der Colonie Bangris bei Elbing, in welcher der konservative Candidat v. Puttkamer-Plauth eine Wahlrede hielt, verursachten etwa 200 Sozialdemokraten einen heftigen Unruhe, so daß die Versammlung aufgelöst wurde. Der Saal wurde von der Gendarmarie geräumt. Beim Verlassen des Saales wurden, wie die „Elbinger Ztg.“ meldet, v. Puttkamer und seine Begleitung tödtlich angegriffen; von Puttkamer erhielt einen Faustschlag ins Gesicht und wurde von einem Steine in den Rücken getroffen. Die Gendarmarie machte mit blanker Waffe dem Handgemenge ein Ende. Hierbei wurden mehrere Personen verwundet.

* Leipzig, 10. Juni. Im Namen der national-liberalen und konservativen Wähler gab Dr. v. Brause die Erklärung ab, dieselben würden im Falle einer Stichwahl zwischen dem Sozialdemokraten und dem Antisemiten Liebermann v. Sonnenberg für letzteren „mit Leib und Seele“ eintreten. — Die von den Sozialdemokraten gestern Abend im „Pantheon“ abgehaltene Wähler-Versammlung war von 1500 Personen besucht. Als Referent trat Herr Kunert aus Breslau auf. Derselbe erwähnte u. a., daß die Sozialdemokratie bei den bevorstehenden Wahlen auf 2 Millionen Stimmen und 50 Mandate rechne. Habe die Partei erst 4 1/2 Millionen Stimmen, also die Mehrheit der Wähler hinter sich, dann könne man daran gehen, der Regierung den Frieden zu dictiren, d. h. selbst zu regieren. Im Uebrigen entsprochen die sehr beifällig aufgenommenen Ausführungen des Referenten den bekannnten sozialdemokratischen Anschauungen.

Volkswirtschaftliches.

*) Ermäßigung der französischen Petroleumzölle. Wie gemeldet wird, soll der Eingangszoll für rohes Petroleum auf 9 Frcs. und für raffiniertes Petroleum auf 12,50 Frcs. herabgesetzt werden. Rußland, welches von dieser Maßregel am meisten profitirt, wird als Gegenconcession die Zollsäge auf etwa 60 Artikel, namentlich Rohwaaren, Kleider, Weine, Wollstoffe, Musikinstrumente herabsetzen.

*) Das Handelsprovisorium mit Spanien erfährt nach Mittheilungen an den Bundesrath eine Verlängerung bis zum 1. August. Die Verhandlungen sollen bis dahin einen befriedigenden Ausgang erhoffen lassen.

*) Die Branntweinproduction hat in Deutschland im abgelaufenen Betriebsjahre 2948 244 (2969 149 in 1890/91) Hektoliter reinen Alkohols betragen, wovon auf Preußen allein 2340 702 (2406 850) Hektoliter entfielen. Der Verbrauch an Feinbranntwein wird auf 2 192 486 Hektoliter reinen Alkohols berechnet gegen 2 203 322 Hektoliter für 1890/91. Zu gewerblichen Zwecken sind 551 300 (519 104) Hektoliter reinen Alkohols abgabefrei verabfolgt. Die Einfuhr hat 30 287 (1890 46 789), die Ausfuhr 126 989 (194 288) Hektoliter reinen Alkohols betragen. Die Einnahme aus der Branntweinsteuer ist von 145 732 721 Mark auf 134 185 046 Mk., also um rund 11 1/2 Millionen zurückgegangen.

*) Im Etat der deutschen Post- und Telegraphenverwaltung ergibt sich für das Etatsjahr 1892/93 in dem ordentlichen Etat ein Ueberschuß der Einnahme über die Ausgabe von 24 598 078 Mk., d. i. gegen das Vorjahr mehr 2 765 251 Mk. und gegen den Etat mehr 3 375 140 Mk.

*) Die überseeische Auswanderung aus dem Deutschen Reich über deutsche Häfen, Antwerpen, Rotterdam und Amsterdam war im ersten Vierteljahre 1893 erheblich geringer als in dem entsprechenden Zeitraum der Vorjahre. Es wanderten nämlich aus 13 991 Personen gegen 22 685 im Jahre 1892, 19 283 im Jahre 1891, 17 099 im Jahre 1890, 17 333 im Jahre 1889 und 17 398 im Jahre 1888. Zurückgegangen ist insbesondere die Auswanderung aus den beiden sonst am meisten betheiligten preussischen Provinzen Posen und Westpreußen. Die Auswanderung aus Brandenburg einschließlich Berlin zeigt dagegen eine Zunahme.

Provinz und Umgegend.

*) Halle, 7. Juni. Hier wird folgende mit dem 1. October d. J. in Kraft tretende Maßnahme der kgl. Eisenbahndirection Magdeburg besprochen: Die Coupirung der Eisenbahnfahrkarten soll nicht mehr, wie bisher, durch Schaffner in den Coupes, sondern durch eigens hierzu angestellte Beamte an den Eingängen zu den betreffenden Bahnhöfen erfolgen; die Abgabe der Fahrkarten erfolgt dann an den Ausgängen der Endstation durch gleiche Beamte. In derselben oder ähnlicher Weise wird z. B. auf der Ringbahn Berlin verfahren. Dann haben aber auch nur diejenigen Personen, welche sich im Besitz einer Fahrkarte befinden, Zutritt zu den Bahnhöfen. Die hierzu erforderlichen Vorarbeiten sollen in allernächster Zeit in Angriff genommen werden.

*) Halle a/S., 8. Juni. Die Verbindungsbahn Sophienbasen-Saatebahnhof kann nunmehr in Angriff genommen werden, da auch das letzte Hinderniß, der Einspruch des Herrn Justizrath Herold hier, als Bestiger eines in Frage kommenden Ackergrundstückes im Süden der Stadt, durch Entschärfung der höchsten Instanz zu Gunsten der Stadt beseitigt ist. — Auch in diesem Sommer werden eine Anzahl fränkischer armer Kinder seitens des thätigen Vereins für Volkswohl in die Ferien-Colonien Säntersberge, Wippra u. c. gesandt. Unsere Stadt sendet seit vielen Jahren alljährlich etwa 80 Kinder auf 3 Wochen in die Sommerfrische; die Mittel dazu werden durch freiwillige Beiträge gutgesinnter Einwohner zusammengebracht. — Unsere hiesigen Behörden ziehen z. J. die Errichtung eines Frauen-Freibades in Erwägung. Ein Volks-Freibad in der freien Saale besteht bereits, doch ist dasselbe nur für männliche Personen bestimmt. Die Maßnahme der hiesigen Behörden kann im Interesse der ärmeren Bevölkerung nur mit Freuden begrüßt werden.

*) Erfurt, 9. Juni. Die Vorbereitungen für das vom 15. bis 18. Juli in Erfurt stattfindende 50-jährige Jubelfest schreiten rüthig vorwärts. Alles ist mit wahrer Aufopferung und Ausdauer gearbeitet, um sowohl den künstlerischen Theil des Festes so wirkungsvoll als möglich zu gestalten, als auch allen übrigen Arrangements ein festliches und der Jubelfeier würdiges Gepräge zu verleihen. Bei den mannigfachen und ansehnlichen Gemüßen, welche in Aussicht stehen, dürfte das Fest wohl ge-

eignet sein, eine besondere Anziehungskraft nicht nur auf die Bewohner Thüringens, sondern auch über Thüringen hinaus, auf alle Freunde des Gesanges auszuüben. Da nun jetzt schon die Reisepläne für die Ferienzeit festgestellt worden, das Sängerefest aber in diese Zeit fällt, so empfehlen wir Jedem, der seine Schritte in diesem Jahre nach dem Thüringer Walde lenkt, seinen Reiseplan einzurichten, daß er einige Tage in der Hauptstadt Thüringens rastet und das Sängerefest besucht. Günstig ist ja die eigentliche Eingangspforte für den Thüringer Wald und nichts ist leichter, als den Reiseplan so einzurichten, daß er entweder mit dem Sängerefest beginnt oder abschließt, oder daß von einem der vielen Bade- und Luftkurorte ein Absteher unternommen wird, der mit Leichtigkeit auszuführen ist.

† Leipzig, 9. Juni. Der in Croitzsch todt aufgefundenen Wirthschaftsgehilfe Georgi scheint einem Unglücksfalle, nicht einem Verbrechen, zum Opfer gefallen zu sein. Die Uhr, die ein Karabinier aus Regau am Sonntag veräußert hat, ist nicht diejenige des Verstorbenen gewesen. An zukünftiger Stelle ist von der Verhaftung eines Karabiniers nichts bekannt.

† Nordhausen, 9. Juni. Als unser vortrefflicher Reichstagscandidat Dr. Schneider mit 4 hiesigen Begleitern gestern Abend von Sachsa nach Bahnhof Tettenborn zurück fuhr, stürzte unterwegs der Wagen um. Zwei von den Insassen wurden dabei, wie die S.-Ztg. berichtet, nicht unwesentlich verletzt, wie drei andern, darunter Dr. Schneider, fauen heil taven.

† Friedriehsroda, 10. Juni. Heute früh ist das hiesige Kurhaus vollständig nieder-gebrannt. Das Feuer kam 1/3 Uhr aus; infolge Wasser-mangels war die Feuerwehr an thätigstem Eingreifen behindert. Das Kurcomité hat jedoch bereits die nöthigen Schritte gethan, daß den Kurgästen die sonst gebotenen Vergnügungen, wie Kur-Concerte, Reünions usw., nicht geswähert werden. Sämmtliche Gastschäfte haben ihre Räume zur Unterbringung der sonst im Kurhaus wohnenden Fremden zur Verfügung gestellt. Personen sind bei dem Brande nicht zu Schaden gekommen.

† Chemnitz, 9. Juni. Die Feier des 750-jährigen Jubiläums der Stadt Chemnitz ist auf Sonntag den 9. Juli d. J. festgesetzt.

Localnachrichten.

Merseburg, den 13. Juni 1893.

-k. Der Bauern-Verein für Merseburg und Umgegend hielt am vergangenen Sonntag im „Livoli“ eine außerordentliche Versammlung ab. Dieselbe wurde kurz nach 3 Uhr seitens des Vorsitzenden, Herrn Gutsbesitzer Förster-Greyrau, eröffnet, der zunächst die zahlreich erschienenen Mitglieder und Gäste mit warmen Worten begrüßte. Von dem Verlesen des Protokolls der vorigen Versammlung wurde Abstand genommen und sogleich zu den Generalien übergegangen. Zunächst theilte der Herr Vorsitzende mit, daß seitens eines Mitgliedes ein Schreiben in Form einer Petition an das Directorium des Landw. Central-Vereins zu Halle a. S. vorliege, in welchem die dringende Bitte ausgesprochen wird, doch dahin wirken zu wollen, daß namentlich den kleineren Landwirthen bei Milzbrandfällen eine Entschädigung zu Theil werde. In dieser Angelegenheit nahm Herr Gutsbesitzer Neubarth-Wünschendorf das Wort und theilte mit, daß die vorliegende Petition ohne Erfolg sein werde, da die Sache schon mehrere Mal sowohl im Abgeordneten-hause als auch im Provinziallandtage vorgelegen habe und immer abschlägig beschieden worden sei, da der Milzbrand doch nur sporadisch auftrete und immer mehr im Abnehmen begriffen sei. Inmmerhin aber möge man das Schreiben absenden. Auch Herr Gutsbesitzer Büsch-Braunsdorf trat für die Sache mit regem Interesse ein und befürwortete die Petition zu unterzeichnen und abzuschicken, da sich die Unzulänglichkeit unter den kleineren Landwirthen wegen Miltgenstschädigung von Jahr zu Jahr steigere. Ferner war vom hiesigen Landw. Kreis-Verein ein Schreiben eingegangen, welches durch den Herrn Vorsitzenden verlesen wurde. Letzgenannter Verein theilte in demselben mit, daß er im Einverständnis mit dem Directorium des Central-Vereins zu Halle a. S. im Herbst hiersebst eine Pferde- und Rindviehschau zu veranstalten beabsichtige. Zu diesem Zwecke sei von dem Herrn Minister für Landwirtschaft eine Staatsbeihilfe von 300 Mk. zur Prämimirung von Simmenthaler Zuchtwich bewilligt worden unter der Bedingung, daß sich der Landwirtschaftliche Kreis-Verein mit dem Merseburger Bauern-Verein in Verbindung setze und die Ausstellung gemeinschaftlich bewirke. Bei der Prämimirung sollte in der Commission Herr v. Hellendorff-Zinigt als Vertreter des Central-Vereins fungiren. Herr Förster-Greyrau hielt dem Project entgegen, daß es sich nicht empfehle, des herrschenden Futtermangels wegen, in diesem Jahre

eine solche Schau zu veranstalten. Auch sei eine Ausstellung und Prämimirung von nur Simmenthaler Vieh nicht recht angebracht, da genannte Race in unserm Kreise noch schwach vertreten und die Nachzucht bis jetzt eine unbedeutende sei, mithin die Ausstellung etwas schlägig ausfallen dürfte. An Stelle dessen empfiehlt er, durch eine Commission bei den Besitzern und Züchtern von Simmenthaler Vieh eine Stallschau mit Prämimirung der besten Thiere stattfinden zu lassen, von neuem die Mitglieder des Vereins zur Anschaffung und Züchtung genannten Viehes anzuregen. Dieser Beschluß der Versammlung soll dem Landw. Kreis-Verein übermittelt werden. Dem Bauern-Verein war ferner übersandt worden der Verwaltungsberricht des General-Directors der Land-Feuer-Societät des Herzogthums Sachsen von 1892. Der Vorsitzende theilte mit, wie segensreich genannte Versicherungs-Anstalt im Vorjahre gearbeitet habe und ermunerte die Mitglieder, sich bei dieser zu versichern. — Sodann wurde die Sommerreise besprochen. Die geplante zweitägige Tour nach dem Harz wurde abgelehnt und an ihrer Stelle eine eintägige Reise nach Halle zur Festsetzung des neuen Schlachthofes, des Parkgartens zu Dienitz, des landwirthschaftlichen Instituts u. besprochen, und zwar soll die Reise in nächster Zeit an einem Wochentage stattfinden. Das Nähere darüber wird in den Blättern bekannt gegeben werden. — Den zweiten Theil der Tagesordnung bildete ein Vortrag des Herrn Gutsbesitzer Neubarth-Wünschendorf über: „Die Steuerreform-Vorlagen im Abgeordneten-hause“. Der Herr Referent vorbereitete sich über die durch den Finanzminister Dr. Mügel ausgearbeitete und durchgeführte Steuerreform, welche jetzt eine gerechtere Verteilung der Steuern als in früheren Jahren auserele. In der Discussion berichtete der Herr Referent noch über frühere Steuererlässe sowie über die Vergütung der Reichs-unmittelbaren. — Zum Schluß sprach Herr Neubarth über den „Bund der Landwirthe“. Er kam zunächst auf die Entstehung und Gründung des Bundes zurück, betonte, daß in der Ermächtigung der Zölle beim Abschluß der Handelsverträge mit Oesterreich u. die Veranlassung zur Bildung des Bundes der Landwirthe zu suchen sei. Durch diesen Bund wollen die Landwirthe ihre Interessen sichern und wahren und deshalb fordert Reiner alle Mitglieder auf, dem Bunde beizutreten. Herr Förster dankt dem Herrn Redner für seinen klaren, leicht verständlichen Vortrag im Namen des Vereins. Um 7 Uhr erfolgte der Schluß der Versammlung.

** In der „Funkenburg“ findet heute, Dienstag, Abend das dritte Abonnements-Concert unserer Husaren-Trompetercorps statt. Bei ungünstiger Witterung wird dasselbe im Saale abgehalten.

** Der hiesige Bürger-Gesangverein unternahm am Sonntag Nachmittag mit dem um 1 Uhr 37 Min. von hier abgehenden Eisenbahnzuge einen Ausflug nach Leisling und von da eine Fisiour durch die dortigen Holzungen u. über die Eulauer Fähr nach Gosch. Hier wurde von den älteren Theilnehmern gestraft, während die Jugend sich beim Tanze betrugte. Abends 9 Uhr trat man auf dem kürzesten Wege den Rückmarsch nach Leisling an, um von hier aus die letzten Eisenbahnzüge zur Heimfahrt zu benutzen.

** (Theater im Livoli) Wir werden der Direction Descher gern bestätigen, daß sie mit der Wahl des Säckes „Mann im Mond“ einen glücklichen Griff gethan hat — denn so herzlich gelacht wurde wohl sehr lange nicht im Theater. Die Vorstellung ging aber auch am Schnürchen und man merkte es den Mitgliedern nicht an, daß sie bereits am Nachmittag das Kgl. Schauspielhaus in Lauchstädt — übrigens mit durchschlagendem künstlerischem Erfolge — eröffnet hatten. Am Dienstag bringt die Direction, vielfachen Wünschen entsprechend, das Heinemannsche Lustspiel „Herr und Frau Hippokratel“ zur Aufführung, dessen Besuch wir nur angelegentlich empfehlen können — es wird gewiß Niemanden gereuen.

** Das Publicum ist für die Eisenbahn da, und nicht die Eisenbahn für das Publicum. Da die Eisenbahndirectionen die „Klinke der Verkeggebung in der Hand“ haben, richten sie die Verkegordnung nach ihrem Bedürfnis ein. So besteht für die Eisenbahnen keine Verpflichtung zur Personenbeförderung. § 14 der Verkegordnung der deutschen Eisenbahnen“ bestimmt: „Die Fahrarten geben Anspruch auf Plätze der entsprechenden Wagenklasse, soweit solche vorhanden sind. Wenn einem Reisenden ein seiner Fahrart entsprechender Platz nicht angewiesen werden kann, ihm auch nicht in einer höheren Klasse zeitweilig eingeräumt wird, so steht im frei, die Fahrart gegen eine solche der höheren Klasse, in welcher noch Plätze vorhanden sind, unter Erstattung des Preisrückschades umzuwechseln oder die Fahrt zu unterlassen und das bezahlte Fahr-geld zurück zu verlangen.“

** Der 21. Verbandstag des Feuerwehverbandes des Regierungsbezirks Merseburg,

Vorsitzender Architekt Stengel-Halle, findet am 24. und 25. Juni in Belgern statt. Die Verhandlungen beginnen am 24. Juni abends im Gasthof „Zum weißen Hof“. Für Dampfschiffahrt zwischen Torgau und Belgern ist Sorge getragen.

** Schüßet die Vögel im Bauer vor den Sonnenstrahlen! Im Sommer kann man sehen, wie die kleinen Singvögel (besonders Kanarienvögel) vor dem Fenster den glühenden Sonnenstrahlen preisgegeben sind, indem nicht einmal eine Schutzdecke über dem Bauer angebracht ist, geschweige denn eine Vorrichtung zum Baden. Niemand denkt daran, daß auch die Vögel besser in der kühleren Stube hängen als vor dem Fenster. Sie sitzen dann mit offenem Schnabel müde und traurig in ihrem kleinen Gefängnis und mögen im Stillen die Menschen verurtheilen, die sie aus Gedankenlosigkeit der schrecklichen Dual aussetzen. Am besten gebe man den gefangenen Vögeln ein Badenäpfchen in den Käfig, groß genug, daß sie darin tauchen können, zweimal täglich mit frischem Wasser und hänge sie nur bei fählem Wetter vor das Fenster.

** Durch eine Verfügung des Herrn Regierungs-Präsidenten ist kürzlich generell allen öffentlichen Sparcassen verboten worden, künftig Hypothekendarlehen auf bei Privat-Feuerversicherungs-Gesellschaften versicherte Gebäude zu gewähren. Auch die bisher zulässigen Grundstücks-Lagen gerichtlich verpfändeter Taxatoren, Kreis-taxatoren u. werden künftig nicht mehr anerkannt. Die Aufsichtsbehörde verlangt vielmehr, daß, wie § 39 der Vorm.-Ordn. vorschreibt, Hypotheken nur gewährt werden auf kändliche Grundstücke innerhalb der ersten zwei Dritttheile des durch ritterschaftliche, landbaurliche, gerichtliche Steuerzage, auf städtische Grundstücke innerhalb der ersten Hälfte des durch Zage einer öffentlichen Feuer-versicherungs-Gesellschaft oder durch gerichtliche Zage zu ermittelnden Wertes, oder wenn die Hypothek innerhalb des 15fachen Betrages des Grundbesitz-Reinertrages der Liegenschaft zu stehen kommt. Durch spätere Verfügungen ist die Bezeichnung bis zum 25fachen Reinertrag zugelassen.

** Die vom Reichseisenbahnamt im October v. J. erlassenen Bestimmungen, wodurch für die deutschen Eisenbahn-Frachtbrieife ein stärkeres, haltbares Schreibpapier vorgeschrieben wurde, haben zur Folge gehabt, daß bei der Verwendung von Frachtbrieif-Duplikaten mit der Post wegen der größeren Schwere des Frachtbrieifpapiers nicht mehr so umfangreiche briefliche Mittheilungen beigelegt werden konnten wie früher, wenn nicht das Gewicht des einfachen Brieifes überschritten werden sollte. Um den abzuhefen, hat das Reichseisenbahnamt für Frachtbrieif-Duplikate, bei denen es auf Widerspruchsfähigkeit des Papiers weniger ankommt als bei den durch jahrelange oft raube Hände abendenden Original Frachtbrieife, jene Bestimmungen bis auf Weiteres außer Anwendung gesetzt und die Beschaffenheit des Schreibpapiers freigegeben.

** Am Sonnabend Abend zwischen 9 und 10 Uhr stürzte sich der Husar Klee von der hier garnisonirten 3 Escadron des 12. Husarenregiments in selbstmörderischer Absicht von der Brüstung der Neumarktsbrücke aus in die Saale, wurde aber sehr bald von dem in der Nähe wohnenden Fischweiber Oberhardt, der mit seinem Kusse schnell bei der Hand war, aus dem Wasser gezogen. In einer Restauration des Neumarkts wurde der bewußtlose K. durch Reiben und Bärfen wieder ins Leben zurückgerufen und hierauf dem Garnisonlazareth zugeführt, aus dem er, wie wir hören, bereits wieder entlassen ist. K. ist der Sohn jenes Schneidemeisters in Schteuditz, dessen Tochter in voriger Woche, wie wir berichteten, ihrem jungen Leben in der Elster ein frühzeitiges Ende bereite.

Aus den Kreisen Merseburg und Querfurt.

§ Aus Schteuditz wird folgender Nothschrei laut: Elster und Luppe sind in diesen Tagen wieder in einem Zustande, daß der Aufenthalt im Wasser, das geradezu verpöthet ist, zur Unmöglichkeit wird. Bei der jetzigen Choleraepidemie kann man nur mit der größten Beforgnis den nächsten heißen Monaten entgegensehen, um so mehr, als der Wasserstand der beiden genannten Flüsse ein sehr niedriger ist und bei der vorausschicklichen Trockenheit kaum eine Veränderung erfahren wird. — Es stimmt nicht überlin mit den sonstigen, von der Regierung getroffenen sanitären Maßregeln, oft bis in das Kleinste hinein, daß es einer großen, reichen Stadt wie Leipzig möglich ist, eine von so vielen Menschen bewohnte Gegend, wie die Elsteraue, durch mangelhafte Aufsicht ihrer Bäcklein in so große Gesundheitsgefahr zu bringen. Seit 16 Jahren und mehr ist die Stadt Leipzig höheren Orts veranlaßt worden, Abfälle zu schaffen, doch blieb es bis jetzt immer bei Verordnungen. Es ist daher die Pflicht eines jeden Anwohners der Elsteraue, seine Stimme zu erheben gegen diese Ungerechtigkeit und nicht zu ruhen, bis

Merseburger Correspondent.

Ersteinst:
Sonntag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag
und Samstag früh 7 1/2 Uhr.
Geschäftsstelle: Deigraße Nr. 5.

Wöchentliche Beilage:
Illustrirtes Sonntagsblatt.

Abonnementspreis
für das Quartal: 1 Mark bei Abholung. —
1 Mark 20 Pfg. durch den Fernträger. —
1 Mark 25 Pfg. durch die Post.

No. 115.

Dienstag den 13. Juni.

1893.

Ergebnis der Bauhandwerker und Bauarbeiter.

Ueber die Petitionen des Dr. Stolp-Charlottenburg und des Bundes für Bodenbesitzerreform, betreffend Einführung eines Vorrechts für Forderungen, die aus Arbeiten und Lieferungen für Neubauten herrühren, hat die Justizcommission des Abgeordnetenhauses schon in der vorigen Session einen Bericht an das Abgeordnetenhaus gelangen lassen, in dem sie sich in Uebereinstimmung mit dem preussischen Justizminister für eine beschränkte Regelung der Frage im künftigen deutschen Zivilgesetzbuch aussprach. Der Bericht ist nicht zur Verhandlung gelangt; auf Grund erneuter Petitionen, zu denen diejenige des Schlossermeisters Haase-Berlin hinzugekommen, ist die Frage noch einmal in dieser Session zur Erörterung gelangt. Dieses Mal aber lag bereits der Beschluß der Commission für die zweite Lesung des Entwurfs des bürgerlichen Gesetzbuchs vor, welcher den Vorschlägen des preussischen Justizministers entspricht. Unter diesen Umständen hat die Commission unter Ablehnung weitergehender, auf eine sofortige landesgesetzliche Regelung der Sache zielender Vorschläge mit 7 gegen 3 Stimmen beschlossen, mit Rücksicht auf die in Aussicht genommene reichsgesetzliche Regelung der fraglichen Materie über die Petitionen zur Tagesordnung überzugehen. — Nach der Mittheilung des Geheimen Ober-Justizraths Eichholz in der Commission würde, das Inkrafttreten des bürgerlichen Gesetzbuchs in der jetzt beschlossenen Fassung vorausgesetzt, die rechtliche Lage der Bauhandwerker in ganz Deutschland die folgende sein: „Wenn ein Bauhandwerker für geleistete Arbeiten oder Auslagen etwas zu fordern hat und von dem Bauherrn freiwillige Bezahlung oder Sicherstellung nicht zu erlangen vermag, so kann er, auch wenn die Forderung nach Inhalt des Werkvertrages noch nicht fällig ist, bei dem Prozeßrichter den Erlaß einer einstweiligen Verfügung beantragen, durch welche ihm gestattet wird, wegen seiner Forderung eine Vormerkung in das Grundbuch des dem Bauherrn gehörigen Baugrundstücks eintragen zu lassen. Er hat zu diesem Zweck nichts weiter zu thun, als den Betrag seiner Forderung glaubhaft zu machen, was durch Bezeugung auf den Werkvertrag und durch Verfeinerungen über die bisherige Bauausführung leicht geschehen kann; dagegen braucht er nicht — und das ist der wesentliche Unterschied und Vorzug im Verhältnis zu dem Arrest — auch ferner glaubhaft zu machen, daß seine Forderung gefährdet ist. Sobald er die Ausfertigung der einstweiligen Verfügung in Händen hat, wendet er sich an den Grundbuchrichter mit dem Antrage, die Vormerkung für ihn einzutragen. Mit der Einreichung dieses Gesuchs an das Grundbuchamt hat er sich die betreffende Hypothekenstelle gesichert. Nachdem die Forderung rechtskräftig festgestellt oder sonst ein vollstreckbarer Titel für dieselbe erlangt ist, kann er die Vormerkung jederzeit in eine definitive Hypothek umschreiben lassen. Dieses Recht — so führt der Herr Regierungskommissar ferner aus — vorausgesetzt, daß es rechtzeitig und energisch gehandhabt werde, sei ein sehr werthvolles Mittel, um den Bauhandwerkern zu ihrer Befriedigung zu verhelfen. Natürlich könne auch dieses Recht die Bauhandwerker nicht gegen diejenigen Gefahren schützen, in welche sie durch einen unvorsichtigen oder spekulativen Geschäftsbetrieb namentlich alsdann gerathen, wenn sie sich ohne jede Sicherstellung mit Bauunternehmern einließen, deren Creditwürdigkeit ihnen wohlbekannt sei. Allein gegen solche Gefahren Schutz zu gewähren, sei nicht Sache der Zivilgesetzgebung, vielmehr müsse erwartet werden, daß die Bauhandwerker, ebenso wie es von allen anderen Handwerkern und von allen großartigen Menschen verlangt werde, bei ihrem Geschäftsbetrieb mit der erforderlichen Vorsicht zu Werke gingen.“



missen und zu jener Politik, die wir bisher mit aller Klarheit und Konsequenz verfolgt haben, stehen und auch keinerlei Schwächung bedeuten können.“ Auf die Interpellation eines Deputirten hinsichtlich des in deutschen Blättern erhobenen Vorwurfs, daß Oesterreich-Ungarn bezüglich der Ausbildung seiner Wehrkraft nicht im gleichen Maße wie Deutschland fortschreite und den Bundesverpflichtungen nicht genügend nachkommen würde, erklärte Kalnoky diese Behauptung für willkürlich und ungerichtet. Oesterreich-Ungarn führe mit großer Kraftanstrengung seinen Theil an der Machtentwicklung ehrlich und voll durch. „In allen diesen bedauerlichen Interpretationen“, schloß Kalnoky, „sind wohl die im deutschen Wahlkampfe eingekommenen Parteien und andere Standpunkte durchzuführen. Bei den innigen Beziehungen der beiden Monarchien und dem vollsten Vertrauen in die gegenseitige Loyalität und Treue kann wohl von einem höher hinaufreichenden Mißverständnisse über alle diese wichtigen Fragen nicht die Rede sein.“ Nach diesen Ausführungen erklärte der Berichtserstatter Dumaba, die Mitglieder des Budgetausschusses hätten die Worte des Ministers in keiner Weise mißverstanden. — In Deutschland ist eine mißverständliche Auffassung der kalnoy'schen Ausführungen auch lediglich von den Anhängern der Militärvorlage zum Ausdruck gebracht worden. Alle unparteiischen Beurtheiler erklären dieselbe als eine unweibliche Friedensfundgebung, die allerdings der Regierung im gegenwärtigen Augenblicke unangelegen kam. Ueber eine neue Russifizierungsmassregel in den russischen Provinzen wird berichtet, daß nach einer Anordnung des Kurators des Rigaschen (Galtischen) Lebezbezirks die Schüler innerhalb der Schulen, auch in den Zwischenstunden nur russisch sprechen sollen. Der Ausschluß der französischen liberalen Linken gab am Freitag dem Deputirten von Pad de Calais, Journart, ein Festmal, bei welchem Journart sein Programm darlegte; er wolle weder eine Revision der Verfassung noch eine Trennung von Kirche und Staat, nehme die der Republik sich zuwendenden Monarchisten an, bekämpfe den Sozialismus, wünsche jedoch eine Arbeiterbeschäftigung. Der spanische Ministerpräsident Sagasta erklärte in der Kammer, die Regierung halte die vor-

geschlagenen Budget-Reformen aufrecht. — Ueber neuen in Spanien lauten fortgesetzt neue Erhebungen ein. So sind in Valencia am Freitag archaische Tumulte ausgebrochen. Es wurden mehrere Personen verhaftet. Ferner wurde in der Hafenstadt La Coruna in einem jahrelang besuchten Leuchtthurm gegen die Aufhebung der Staatsherrschaft protestirt. Die Truppen sind geschickt, die Geschäfte geschlossen, die Häuser mit schwarzen Stoffen hangen. In den Straßen werden Vorkäure, besetzt „La Coruna unter englischem Protektorat“, feilboten. Das norwegische Storting nahm mit 69 gegen 42 Stimmen eine Vorlage an, durch welche über 80 000 Kronen für die Polar-Expedition von Dr. Nansen bewilligt werden. In Fortsetzung der dritten Berathung der Homerulevorlage lehnte das englische Unterhaus mit 298 gegen 268 Stimmen ein Amendement Whiteley's zum § 3 ab, wonach die neue Legislatur sich nicht auf Fabriken, Werkstätten und Bergwerke einschließlich der Regulirung der Arbeitsstunden in denselben erstrecken solle. Das Amendement wurde seitens der Regierung bekämpft. Man glaubt, angesichts des Umstandes, daß der Gegenstand eine internationale Frage sei, wäre es obsequen, wenn derselbe von zwei separaten Legislaturen behandelt würde. Lubbock beantragte anstelle des Wortes „legalen Geldes“ das Wort „circulation“ zu setzen. Der Kanzler der Schatzkammer, Harcourt, bekämpfte das Amendement und erklärte, die Regierung werde erörtern, ob es richtig sei, die Notenausgabe Frankreich zu begrenzen. Darauf zog Lubbock das Amendement zurück. Mac Gregor forderte, daß über Paragraph 3 abgestimmt werde. Der Antrag wurde jedoch abgelehnt. Nach einem weiteren Antrage Lubbock's, daß die Voten von der irischen Legislatur auszuschießen seien, wurde die Berathung der Homerule-Vorlage am Montag vertagt. — Die Antiparnelliten-Partei hielt am Freitag unter Vorsitz Justin McCarthy's eine längere Versprechung ab. Den Hauptgegenstand der Erörterung bildete die Haltung der Regierung in der Einzelberathung der Homerule-Vorlage. Das befähigte Eingreifen Gladstones und anderer Minister in die Erörterung wurde scharf gerügt, weil dies stürzenden Anträgen eine unverdiente Wichtigkeit beilege. Die von der Regierung den Unionisten gemachten Zugeständnisse stießen ebenfalls auf heftigen Tadel, wobei betont wurde, daß, da die Homerulevorlage das Ergebnis eines unmittelbaren Abstimmens zwischen der Regierung und den Führern der Antiparnelliten-Partei sei, Abänderungen des Wortlautes ohne vorherige Berathung unvermeidlich Reibungen erzeugen müßten. — Das englische Oberhaus genehmigte am Freitag die zweite Lesung der Bill, betreffend die Ausfertigung des Abkommens mit Rußland über den Kobbenfang. Lord Salisbury sprach sich für die Vorlage aus. Ueber einen politischen Mord in Serbien, der an dem zur Fortschrittspartei gehörigen Bauer Paul Miljanitsch in Markowiza verübt wurde, theilt der „Bibelo“ haarsträubende Einzelheiten mit: Eine Anzahl zur radikalen Partei gehöriger Bauern habe Miljanitsch an einem Baum aufgehängt, seine unteren Körpertheile mit Petroleum begossen und dasselbe angezündet. Miljanitsch unter den grauigsten Schmerzen langsam verbrannte, hätten die fanatischen um ihn herum wilde Tänze aufgeführt. Aus Dahomey wird abermals ein Kampf mit Anhängern des Königs Behanzin gemeldet, der einen für die Franzosen wenig günstigen Verlauf nahm. Bei Toffo, südlich von Abomey, wurden 50 Mann unter Führung des Kapitäns Mangin von Anhängern Behanzin's überfallen. Nach langem Kampfe behaupteten die Franzosen ihre Stellung; Kapitän Mangin wurde getödtet, ein anderer Kapitän verwundet. In der letzten Zeit fanden mehrfache Scharwägel statt.